

HOLOCAUST

# Beginn der Heilung

Die Schweizer Banken haben sich mit den jüdischen Organisationen geeinigt: Sie kaufen sich für 1,25 Milliarden Dollar frei. Nun kommen deutsche Geldinstitute dran.



Senator D'Amato vor dem Bezirksgericht in Brooklyn\*: „Triumph der Gerechtigkeit“

Viel hätte nicht gefehlt, und die Anwälte jüdischer Holocaust-Opfer und die Advokaten der Schweizer Banken wären einander vor dem Bezirksgericht im New Yorker Stadtteil Brooklyn erleichtert um den Hals gefallen.

Von einem „historischen Abkommen“, vom „Triumph der Gerechtigkeit“, ja von einem „großen Tag der Menschenrechte“ war die Rede. Der republikanische Senator Alfonse D'Amato, von den Eidgenossen als unerbittlichster Schweiz-Verfolger der letzten drei Jahre wahrgenommen, rief alle auf, „an die Arbeit zu gehen, damit die Wunden verheilen können“. Ergriffen standen die bereits privat abgefundene Holocaust-Überlebende Estelle Sapir und der in den USA zum Helden aufgestiegene Wachmann Christoph Meili daneben; Meili war von der Schweizerischen Bankgesellschaft gefeuert worden, weil er belastende Unterlagen vor dem Reißwolf gerettet hatte.

Nur der wahre Vermittler, Bundesbezirksrichter Edward Korman, blieb unsichtbar. Nach einem gemeinsamen Abendessen im Fischrestaurant „Gage and Tollner“ hatte er am Montag den Anwälten

und den Vertretern des Jüdischen Weltkongresses mit eigenen Vorschlägen den Weg für einen Kompromiß freigemacht.

Danach zahlen die beiden Großbanken UBS und Credit Swiss Group innerhalb von drei Jahren insgesamt 1,25 Milliarden Dollar in einen „Gerechtigkeitsfonds“. Im Gegenzug entfallen alle drei Sammelklagen gegen sie, aber auch eine angedrohte Klage gegen die Schweizerische Nationalbank. Sämtliche Boykottdrohungen werden zurückgezogen, die Kampagne gegen die Schweiz hört auf.

Die vereinbarte Summe setzt sich aus drei Einzelbeträgen zusammen:

- ▶ 530 Millionen Dollar, von den Banken bereits im Frühjahr zur Abgeltung aller Ansprüche offeriert;
- ▶ 400 Millionen Dollar, bestehend aus 40 Millionen, die auf herrenlosen Guthaben Schweizer Banken liegen, zuzüglich Zinsen und Aufrechnung der Geldentwertung seit 1945;
- ▶ 320 Millionen Dollar zur Abgeltung von Forderungen an die Schweizerische

\* Mit Wachmann Meili (im weißen Hemd) und der Holocaust-Überlebenden Estelle Sapir.

Nationalbank und die Schweizer Wirtschaft.

Zur schnellen Einigung trug die Einsicht bei, daß es bei weiterem Feilschen nur Verlierer geben würde. Die Eidgenossen merkten, daß die Boykottdrohungen in den USA der ganzen Schweizer Wirtschaft schwer schadeten. Über 20 amerikanische Bundesstaaten, darunter New York, Florida und Kalifornien, sowie 30 Städte hatten vom 1. September an Sanktionen angekündigt. Zudem wären die Risiken eines Prozesses vor einem New Yorker Geschworenengericht unkalkulierbar gewesen. Schon so sind den Schweizer Banken Kosten für Anwälte und Buchprüfungsfirmen von 350 Millionen Dollar entstanden, wie Experten schätzen.

Aber auch der Jüdische Weltkongress und die Anwälte der Sammelkläger, die sich anfangs mit nicht weniger als 1,5 Milliarden Dollar zufriedengeben wollten, standen unter Druck. Alle Versuche, die Berner Regierung und ihre Notenbank an den Verhandlungstisch zu zwingen, waren gescheitert. Und Ende des Jahres wird der Revisoren-Bericht über herrenlose Vermögen auf Schweizer Banken veröffentlicht. Es ist absehbar, daß von den rund 60 Millionen Franken, die bisher gefunden wurden, höchstens zehn Prozent mutmaßlichen Holocaust-Opfern zuzuordnen sind. Das hätte wahrscheinlich einigen Wind aus der Kampagne genommen.

Die jüdischen Organisationen haben jetzt 90 Tage Zeit, um einen Verteilungsplan für das viele Geld vorzulegen. Streit scheint unausweichlich – zu vielfältig sind die Begehrlichkeiten. In Israel sollen Schulen gebaut und Geschichtsforschung gefördert, weltweit Holocaust-Opfer entschädigt und in Osteuropa Synagogen und Altenheime errichtet werden. Allein für sein Programm der jüdischen Gemeinden in Osteuropa veranschlagt der Jüdische Weltkongress drei Milliarden Dollar.

Die „Kapitulation der Schweizer Banken“ (so das israelische Wirtschaftsblatt „Globes“) ist nur eine erste Etappe. Nach der gleichen Methode sollen nun auch deutsche Banken, Industrieunternehmen wie Ford, VW und Degussa sowie internationale Versicherungskonzerne, darunter die deutsche Allianz und die italienische Generali, unter Druck gesetzt werden. Sie haben sich jahrzehntelang geweigert, um ihr Geld gebrachte oder ausgebeutete NS-Opfer angemessen zu entschädigen. Die ersten Sammelklagen sind eingereicht, fünf weitere sollen diese Woche folgen.

Der Vergleich der Schweizer Banken zerstört alle Hoffnungen der Deutschen, sich mit kleinen Zahlungen freikaufen zu können. Dabei ist die Rechtslage für die Deutsche und die Dresdner Bank, gegen die in New York schon im Juni eine Sammelklage im Namen von 10 000 Holocaust-Opfern eingereicht wurde, günstiger als für die Eidgenossen. Zwar beträgt die Entschädigung, die von ihnen verlangt wird,



**Demonstrierende Juden in New York**  
„Globale moralische Bewertung“

18 Milliarden Dollar. Aber in den Frankfurter Tresoren der beiden Geldinstitute schlummern keine Sparkonten, die einst europäischen Juden gehörten. Den größten Teil mußten die Banker nach 1941 an die NS-Behörden auszahlen. Und was die Nazis übersahen oder die Banken ihnen verheimlichten, fiel 1975 an den Bund, als alle Konten vom Bonner Finanzministerium kassiert wurden, die seit 1955 ohne Nachricht waren.

Deutschlands Geldhäusern wird das allerdings nur wenig helfen. Längst geht es nicht mehr um das Unrecht an einzelnen Kunden, sondern um die Verstrickung der Banken in die Verbrechen des Dritten Reiches. Man wolle eine „globale moralische Bewertung“, so Karl Brozik, Deutschland-Direktor der „Jewish Claims Conference“. Brozik verlangt, daß alles auf den Tisch kommt: „Arisierungen, Kredite und Beteiligungen an Unternehmen, die Sklavenarbeiter ausbeuteten, Raubgold.“ Und diese Liste ist längst nicht vollständig.

Viel können die beiden Banken dem nicht entgegensetzen. In der Schweiz haben Dutzende von Historikern die Archive durchforstet und eidgenössischen Geldinstituten die Kollaboration mit den Nazis im Detail nachweisen können. Für die Deutsche und die Dresdner Bank liegt das Anklagematerial seit 1947 bereit, erstellt von der Finanzabteilung der amerikanischen Militärregierung. Gut 140 Experten hatten die Rolle der deutschen Großbanken im Dritten Reich recherchiert. Deren Gier nach jüdischem Eigentum konnten die Amerikaner schon damals trefflich

belegen. Karl Rasche zum Beispiel, Vorstandssprecher der Dresdner Bank, war für seinen Arisierungseifer bekannt. „Wer marschiert hinter dem ersten Tank? Das ist Dr. Rasche von der Dresdner Bank“, hieß es im Berlin der Kriegsjahre.

Voriges Jahr wurde zusätzlich bekannt, daß beide Banken mit Goldbarren handelten, die aus Schmuck und Zahngold von KZ-Opfern in Auschwitz geschmolzen waren. Die Geldinstitute hatten die Barren im neutralen Ausland verkauft, um für Hitlers klammes Reich Devisen zu beschaffen. Vor kurzem stellte eine von der Deutschen Bank beauftragte Historikerkommission fest, daß der Vorstand damals mit großer Wahrscheinlichkeit wußte, woher das Edelmetall stammte.

Es war das erstmal, daß die Banken von sich aus Informationen preisgaben, die ihre direkte Verstrickung in den Holocaust belegen. Viel zu lange hatten sie sich der Aufarbeitung ihrer NS-Vergangenheit verweigert. Noch 1997 behauptete der damalige Vorstandssprecher der Dresdner Bank, Jürgen Sarazzin, daß sein Unternehmen „die Klippen der Zeit“ mit „diplomatischem Geschick“ umschiffte. Jetzt gibt der Sprecher der Deutschen Bank, Walter Schumacher, unumwunden zu: „Die moralische Schuld der deutschen Banken ist sicher größer als die der Schweizer.“

Um ihren Ruf besorgt, bereiten sich beide Häuser auf die Verhandlungen vor. So hat die Dresdner Bank darauf geachtet, daß sie in New York von jüdischen Anwälten vertreten wird. Ihr Vorstandsvorsitzender Bernhard Walter begab sich Ende Juli persönlich nach New York, um mit Repräsentanten des Jüdischen Weltkongresses (WJC) zu reden.

Auch die Deutsche Bank nahm über Ignatz Bubis, den Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Kontakt zum WJC auf. Dessen Geschäftsführer Elan Steinberg ist zuversichtlich: „Beide deutsche Banken haben uns versichert, daß sie sich auf eine gerechte Lösung einlassen wollen. So hoffen wir, daß die Sache ohne Bitterkeit ausgehandelt werden kann.“

Aus dem Büro D'Amatos sind dagegen noch drohende Töne zu vernehmen: „Sicher, wir möchten die Sache auch gern friedlich lösen“, sagt D'Amatos Mitarbeiter Gregg Rickman, „aber wir haben viele schöne Ordner und Dokumente. Noch haben wir nichts mit diesen Unterlagen getan.“

Bekommen und voll ungueter Erwartungen haben Mitarbeiter der Dresdner Bank für alle Fälle das Zentralarchiv ihres Hauses im Berliner Stadtteil Kreuzberg neben der ehemaligen Schokoladenfabrik Sarrotti besichtigt. Pressechef Stefan Lutz zog einzelne Ordner heraus – jede Seite mit einem Hakenkreuz im Stempel. Zwischen den verstaubten Dokumenten liegen auch Ringe, Ketten und Broschen: Schmuckstücke, deren Besitzer und Herkunft niemand kennt.

Den Geldhäusern läuft die Zeit davon. Senator D'Amato ist zwar bis in den November mit seiner Wiederwahl beschäftigt. Doch seine Mitarbeiter bereiten schon Anhörungen vor dem Senat für Anfang 1999 vor. Und die Chance, daß D'Amato nicht gewählt wird, ist gering.

„Es geht längst nicht mehr nur um Geld. Es geht darum, ein Maß an Gerechtigkeit herzustellen, das so lange so vielen vorenthalten wurde“, erklärt D'Amato. Die Einigung mit den Schweizer Banken sei erst der „Beginn eines Heilungsprozesses“.

### Ringe, Ketten und Broschen zwischen verstaubten Dokumenten in Berlin-Kreuzberg



**Dresdner-Bank-Direktor Rasche (M., in Zivil)\*:** „Wer marschiert hinter dem ersten Tank?“

\* Mit Mitgliedern des Freundeskreises Reichsführer-SS.